



BVBB

Bürgerverein Brandenburg-Berlin e.V.

Anerkannt als gemeinnütziger Verein
Parteienunabhängig - für Bürgerrechte

BVBB-Zentrale: Wilhelm-Grunwald-Str. 48-50, 15827 Blankenfelde

Telefon: 0 33 79 / 20 14 34 · Telefax: 0 33 79 / 20 14 35

Sprechzeiten: Donnerstag 14.30 - 18.00 Uhr

www.bvbb-ev.de und www.planfeststellungsverfahren.net

Hier lesen Sie, was Sie so oder überhaupt nicht durch die Medien erfahren!

INFO 49

Blankenfelde, Juli 2008

Für unsere Leser: Lesen, nachdenken, handeln!

Der BVBB kämpft mit seinen Mitgliedern gegen Fluglärmfolter, für den Umweltschutz und die Rechte der Bürger. Der BVBB informiert über Zustände und Tatbestände, die aus politischen Gründen den Bürgern verschwiegen werden. Lesen Sie diese INFO und fragen Sie sich, ob Sie sich durch die Medien ausreichend informiert fühlen.

Der BVBB braucht mehr Mitstreiter, mehr Spenden für seine Aufgaben und rechtlichen Auseinandersetzungen. Denn die Aktivitäten des BVBB werden ausschließlich durch die Beiträge der Mitglieder und durch Spenden finanziert. Helfen Sie uns durch Ihre Spende und Mitgliedschaft. Fragen Sie sich, was passiert wäre und was passiert, wenn der BVBB Ihre Interessen nicht vertreten hätte und vertreten würde. Nur so helfen Sie sich selbst: nicht durch Abseitsstehen oder Sich-Verlassen auf die Bürger, die bereit sind für alle Bürger und deren Rechte zu kämpfen. Auf Seite 6 der Info finden Sie unseren Aufnahmeantrag und unsere Kontonummer für Spenden.

Matthias Platzeck: Ignorant oder Lügner

Zitat von Platzeck aus www.direktzu.de, vom 9. Juli 2008: "...Im Übrigen hat das Bundesverwaltungsgericht mit seinem Urteil anerkannt, dass keine gesundheitlichen Gefahren für die Anwohner bestehen und ist den entsprechenden Darlegungen im Planfeststellungsbeschluss gefolgt"...

Fakten: Die angebliche Anerkennung des Bundesverwaltungsgerichtes "...keine gesundheitliche Gefahren..." gibt es im Urteil nicht. Aber es gibt folgende Zitate im Urteil des BVerwG: „Die Planfeststellungsbehörde mutet mithin einer Vielzahl von lärmbeeinträchtigten Opfer bis an die Grenze des rechtlich Hinnehmbaren zu. Mit den auf passiven Schallschutz gerichteten Maßnahmen geht sie nicht über dass durch die Erheblichkeitsschwelle markierte Schutzniveau hinaus, dessen Wahrung zwingend geboten ist“ (S.120) und „Sollen sich mehr als 40.000 Personen, die Flugbeeinträchtigungen jenseits der Zumutbarkeitsgrenze ausgesetzt werden (durch Nachtflug, Anm. der Redaktion) ...“ (S. 122) Außerdem gibt es die Aussage des landeseigenen lärmmedizinischen Gutachters Prof. Jansen vor dem Bundesverwaltungsgericht, dass 15 % der Kinder an Folgen des Fluglärms erkranken. Platzeck ignoriert zudem alle Gutachten der Lärmmediziner, die das Gegenteil seiner Behauptungen beweisen. Platzeck will vertuschen, dass Zehntausende Menschen Erkrankungen zu erwarten haben, die aus Belastungen aus dem BBI-Betrieb resultieren werden.

Finanzierungslüge BBI

Seit Jahren gaukeln Wowereit und Platzeck der Öffentlichkeit und harmlosen Abgeordneten vor: Wir haben ein Finanzierungskonzept für den Flughafen BBI. Die Banken stehen Schlange, das Wunderwerk wird wirtschaftlich betrieben, für den Steuerzahler gibt es kein Risiko. Alles Lügenpropaganda, wie der BVBB ebenfalls seit Jahren (Siehe: Kommentare „Schienenanbindung BBI- eine Propagandageschichte“ und „Spatenstich für ein Milliardengrab“ www.bvbb-ev.de; Link „Kommentare“) belegt.

Die nackte Wahrheit ist: Mit dem Bau wurde ohne gesicherte Finanzierung begonnen. Möglich wurde dies durch einen Überbrückungskredit der Banken, der erst nach Liquiditätsnachweis mit Geltungsdauer bis 2008 ausgereicht wurde. Der Skandal: Diesen Liquiditätsnachweis konnte die FBS nur erbringen, weil ihr Kredite der Gesellschafter Berlin, Brandenburg und Bund aus Steuermitteln in dreistelliger Millionenhöhe als so genannte Umwandlung zur Eigenkapitalaufstockung geschenkt wurden. Dieser Überbrückungskredit über 350 Mio. EUR soll nun für 700.000 EUR Zinsen mehr bis 2009 verlängert werden, damit Rechnungen für Bauunternehmen gezahlt werden können. Jetzt muss das Projekt mit allen Mitteln, sprich denen der Steuerzahler, vor der Pleite gerettet werden.

So haben nun Wowereit und Platzeck die Katze aus dem Sack gelassen. Sie haben weder ein von den Banken anerkanntes Finanzierungskonzept mit Nachweis der Wirtschaftlichkeit des Flughafens, noch Kreditzusagen, die nun plötzlich nicht auf 2 Mrd. sondern auf 2,4 Mrd. beziffert werden. Die Verhandlungen mit den Banken - mal waren es 37, mal 6 und zuletzt wohl 10 Banken - sind gescheitert. Für dieses erwartete Scheitern werden dem Steuerzahler wiederum Lügen aufgetischt. Da müssen die internationale Bankenkrise und unerwartete Baukostensteigerungen herhalten. Da reichten dann Bürgschaften/Staatsgarantien mit 80% Absicherung nicht aus, um die sperrigen Banken zur Finanzierung zu bewegen. Lächerlich! Da soll es keine 10 Banken mehr geben, die deshalb nicht bereit sind, mit jeweils 240 Mio. EUR den BBI zu finanzieren?

**SO MIT UNS
NICHT**

Darum jetzt die Abteilung „saures Bier“. In Neuverhandlungen soll den Banken eine Bürgschaft/Staatsgarantie für 100% der Kreditsumme angeboten werden. Dazu die dämliche Behauptung, dass nun der Kredit auch für den Steuerzahler billiger wird. Die Bürgschaftsgebühren von sicher 200 Mio. EUR soll die FBS neben ihrem Finanzierungsanteil von 440 Mio. EUR zahlen. Weil aber die FBS - so sicher auch die Erkenntnis der Banken - Zinsen und Tilgung für ihre Kredite nicht erwirtschaften kann, gibt es dann wieder jährliche Subventionen, kaschiert als öffentliche Darlehen, die später in Eigenkapitalerhöhung umgewandelt werden, aus dem Steuersäckel.

Für Wowereit ist so etwas alles auf dem guten Weg. Sicher, er muss nicht wegen Untreue ins Gefängnis. Das unterscheidet ihn von Vorstandsmitgliedern und Geschäftsführern privater Unternehmen. Die säßen da schon, weil sie das Eigentum ihrer Gesellschafter systematisch vernichten würden oder sich der Konkursverschleppung schuldig gemacht hätten. Die Finanzierungsakrobaten Wowereit und Platzeck müssen nur den für sie dummen Steuerzahler für ihre Pleitepolitik haftbar machen. Dabei kommt das dicke Ende noch. Die nun angeblichen 2,4 Mrd. reine Baukosten werden am Ende sicher bei 3 Mrd. EUR und höher liegen. Anschließend wird dann mit Unsummen die FBS vor der Pleite bewahrt, wiederum mit Steuergeldern. Allerdings können dann Platzeck und Wowereit auch nicht mehr belangt werden. Sie sind dann nicht mehr im Amt und sonnen sich mit dicken Pensionen in der Uckermark und sonst wo, wo es schön und ruhig, weil ohne Fluglärmterror ist.

Übrigens, die Parteien und ihre Abgeordneten machen natürlich mit! Sie halten den Wähler für so dämlich, dass sie auf ihn keine Rücksicht nehmen wollen.

Nach Leipzig ist vor Leipzig

Die Anhörung zum ergänzenden Planfeststellungsbeschluss war für Platzeck, Wowereit und die Flughafengesellschaft eine entlarvende Blamage und Katastrophe zugleich.

Mit dem vom Bundesverwaltungsgericht geforderten ergänzenden Planfeststellungsbeschluss zur Begründung des Nachtflugs für den BBI wird die katastrophale, weil falsche Standortentscheidung „Schönefeld“ zur Katastrophe für den Betrieb des BBI. Das Gericht hatte in seiner Entscheidung den im ursprünglichen Planfeststellungsbeschluss die Wunschvorstellung von 90 Nachtflügen in der Zeit zwischen 22:00 Uhr und 6:00 Uhr für rechtswidrig und nicht begründet erklärt. Es stellte fest: Die Nachtflüge beschädigen die Gesundheit der Betroffenen, rauben die Nachtruhe von zehntausenden Bürgern und sind ohne Nachweis einer Unabdingbarkeit unbegründet und gab ein ergänzendes Planfeststellungsverfahren zur Neuregelung vor.

Zur Anhörung dieses ergänzenden Planfeststellungsverfahrens reichte die Flughafengesellschaft Berlin-Schönefeld GmbH (FBS), sicher mit Zustimmung von Wowereit und Platzeck, sachlich wertlose Papiere mit dem verfälschenden Titel „Gutachten“ ein. Diese Papierchen wurden von Gutachtern der Gemeinden, des BVBB und den Anwälten förmlich in der Luft zerrissen. Quellenangaben und Beweise für unhaltbare Behauptungen wurden durch die FBS mit der Begründung, dass es sich um „Betriebsgeheimnisse“ handle, abgelehnt. Sogar der Anhörungsbehörde verweigerten die FBS und ihre „Gutachter“ mit dieser Begründung die Herausgabe von Unterlagen. Eine Frechheit, die sich ein Vorhabenträger noch nie auf einer Anhörung erlaubt hat. Nun müsste die Behörde von Amts wegen ermitteln. Man darf gespannt sein, ob sie dies auch tut oder sich willfährig den Interessen der Politik beugt.

Obwohl das Bundesverwaltungsgericht bereits nicht bereit war, 90 Flügen die Rechtmäßigkeit zu zusprechen, forderte die FBS jetzt dreist 113 Nachtflüge. Man darf sich nun fragen, was verwundert mehr: Die Dreistigkeit einer Missachtung von Gerichtsentscheidungen oder die Rücksichtslosigkeit im Umgang mit der Gesundheit und Nachtruhe der Bürger zwischen Müggelheim/Gosen und Ludwigsfelde. Ein einfache aber wahre Antwort: Die Gesundheit von Bürgern ist Wowereit, Platzeck und den Abgeordneten in der Parlamenten „schnuppe“ Sie wollen den Fluglärm aus niedrigen Beweggründen, die sie mit Wirtschaftlichkeit des BBI begründen, vor den Menschen schützen.

Diese rücksichtslose und menschenfeindliche Politik wird wieder vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig landen. Der BVBB ist sicher, dass die brandenburgische Genehmigungsbehörde, im Ergebnis politischer Unterwerfung und gegen eigene Erkenntnisse, wiederum einen rechtswidrigen Beschluss zum Nachtflug erlassen wird. Wir sind sicher, dass die Blütenträume eines BBI mit Nachtflug zum bösen Erwachen führen. Dann wird auch dem letzten BBI-Fan klar, es wird für insgesamt 6 Mrd. EUR ein Hauptstadtflughafen gebaut, auf dem um 22.00 Uhr die Flugsteige hochgeklappt werden müssen.

Unsere Frage: Haben Sie über das blamable Ereignis der jüngst stattgefundenen Anhörung zum ergänzenden Planfeststellungsbeschluss etwas in Ihrer Zeitung gelesen?

So begründen die „Gutachter der FBS unter anderem die Notwendigkeit von Nachtflügen für den BBI

Hier nur in Stichworten, was in Papierchen/Gutachten und mündlich der Anhörungsbehörde so aufgeschwätzt wurde. Nachtflug ist notwendig, weil

**SO MIT UNS
NICHT**

- in Auslandsferienorten die Hotels um 12:00 Uhr Bettenwechsel haben, der ohne Nachtflüge gefährdet oder unmöglich ist, weil die Feriengäste sonst nicht rechtzeitig die Hotels verlassen oder ankommen, wenn die Zimmer noch nicht gemacht sind. Die logische Folge: Die Betroffenen zwischen Grünheide und Ludwigsfelde sollen zu Gunsten der Hotels Nachts nicht schlafen.
- Es gibt Firmen, deren Mitarbeiter in der Nacht nach Berlin zurück müssen, weil ihnen die Übernachtungskosten bei Rückflug am Morgen wegen wirtschaftlicher Not nicht zumutbar sind. Die logische Folge: wenn ein oder zwei Firmenmitarbeiter von Unternehmen, die kurz vor der Insolvenz stehen, Hotelkosten bezahlen müssten, sollen Zehntausende aus dem Schlaf geweckt werden.
- Die Fluggesellschaften haben ein Anrecht darauf mit ihren Flugzeugen 24 Stunden ganzjährig zu fliegen. Wenn sie dies am BBI nicht können, erleiden sie einen unzumutbaren wirtschaftlichen Schaden. Die logische Folge: Fluggesellschaften, die Hunderte oder Tausende Flugzeuge am Tag einsetzen, gehen Pleite, wenn sie in Berlin wegen Nachtflugverbot mit einem oder zwei Flugzeuge nach 22:00 Uhr bis 6:00 Uhr nicht landen und starten dürfen.
- „Ethnische Flüge“, eine Wortschöpfung der FBS für unsere ausländischen Mitbürger, müssen nachts möglich sein. Sie wollen in der Nacht nach Istanbul, Ankara oder Izmir fliegen. Gerne bringen sie sich und ihre Kinder um den Nachtschlaf, um von oder nach Berlin zu fliegen. Die logische Folge: Unsere ausländischen Mitbürger sind Rabeneltern, die die Gesundheit ihrer Kinder bewusst gefährden und selber vergnüglich auf den Nachtschlaf verzichten.
- Ein Nachtflugverbot gefährdet Arbeitsplätze. Dies sollte mit Phantasieberechnungen belegt werden. Nachvollziehbare Beweise gab es nicht. Die logische Schlussfolgerung: wegen einiger Arbeitsplätze sollen Zehntausende um die Nachtruhe gebracht werden. Arbeitsplätze als Totschlagbehauptung gegen Gesundheit von Bürgern. Das ist so richtig sozial, sozialistisch, sozialdemokratisch und christlich!
Unsere Frage: haben Sie diesen Unsinn in Ihrer Zeitung gelesen? Wir nicht! Darum hier die wenigen Beispiele.

Lange Gesichter, von Peinlichkeit berührt

Fluglärm ist nicht nur gesundheitsschädigend sondern auch Folter. Diesen Nachweis führten die BVBB-Vertreter unter Berufung auf die UN-Folterkonvention auf der Anhörung zum ergänzenden Planfeststellungsbeschluss. Nach der Konvention ist es verboten, Gefangene mit Schall, selbst Musik, zu beschallen. D. h.: Wer regelmäßig und auf Dauer Gefangene im Minutentakt oder Stundentakt am Tage oder in der Nacht beschallt, begeht ein Verbrechen. Er wendet die gemeinste Art der Folter, die „weiße Folter“, gegen Wehrlose an. Unsere Frage: Was würden Wowereit, Platzeck, Abgeordnete und Gutmenschen alles unternehmen, wenn es ihren Justizministern einfiel, in Gefängnissen alle zwei Minuten Flugzeugschall als Folter einzuführen? Es gäbe Demonstrationen, Klagen der Gefangenen und aufgeregte Medien. Nur - der brave Bürger darf mit Fluglärm gefoltert werden. Schließlich sind brave Bürger keine Täter sondern nur Opfer. (Lesen Sie mehr unter www.bvbb-ev.de/Aktuelles)

ILA-Fluglärmterror und Kriegsspiel enden im Skandal

Alle Experten sind sich einig: Die ILA in Berlin ist als Messe und Darstellung neuer Entwicklungen in der Luftfahrt überflüssig. Sie ist keine Konkurrenz zu den weltweit größten Luftfahrtsmessen in Farnborough (London) und Le Bourget (Paris). Die ILA ist eine Show, mit der Berlin und Brandenburg dem Publikum vorgaukeln wollen, dass die Region in der internationalen Luftfahrtszene eine Rolle spielen würde. Um den Eindruck sicherzustellen, werden Millionen an Steuergeldern als Subvention herausgeschmissen. Weil die nicht reichen, müssen noch Millionen an Eintrittsgeldern beigebracht werden. Dafür werden spektakuläre militärische Flugmanöver veranstaltet, die ohne Rücksicht auf Sicherheit und gesundheitsgefährdenden Lärm über Wohnsiedlungen ihre als Flugmanöver bezeichnete kriegerische Einsatzfähigkeit demonstrieren. Dass solche Manöver andernorts schon zu schwersten Unfällen mit Hunderten von Toten und Schwerverletzten geführt haben, interessierte die Verantwortlichen Wowereit und Platzeck nicht. Sie wollten sich auf dieser Show präsentieren. Ganz in ihrem Sinne hat dann auch die Luftfahrtsbehörde eine rechtswidrige Genehmigung für Überflughöhen von 150 m, auch für Kampfflugzeuge, erteilt.

Die Luftfahrtsbehörde musste um die Rechtswidrigkeit ihrer Genehmigung wissen. Unser BVBB-Mitglied Prof. Wolf Carius (Eichwalde) hatte selbst in der Fluglärmkommission eine Klage gegen diese Genehmigung angekündigt. Seit Mitte März 2008 gab es Briefwechsel des BVBB mit dem Fluglärmbeauftragten und der Luftfahrtsbehörde. Prof. W. Carius reichte Klage beim Verwaltungsgericht in Potsdam ein. Das Gericht verpasste den Rechtsbrechern in der Luftfahrtsbehörde eine saftige Ohrfeige. Es erklärte die Genehmigung für rechtswidrig. Kleinlaut stellt die Behörde eine neue Genehmigung aus. Entsprechend des Gerichtsurteils durfte nun „nur noch“ auf dem Flughafengelände in 150m Höhe geflogen werden, außerhalb des Geländes in 450 m. Für 17 Euro Eintritt wurden die Zuschauer um die spektakulärsten Manöver gebracht. Die vom Fluglärmterror Betroffenen wurden lediglich von den schlimmsten Folgen der Kriegsspielerei verschont.

Und dann der Skandal: Am Tage nach der Urteilsverkündung stand die Kriminalpolizei vor der Haustüre von Prof. Carius und begehrte Einlass zur Vernehmung. Sie wollte u. a. wissen, wer die Hintermänner von Prof. Carius sind, ob er bzw. die Hintermänner weitere Aktionen geplant haben. Also wiederum Polizeistaatsmethoden gegen unliebsame Bürger, die ihr Recht verteidigen wollen. Dazu dann kein Wort der Entschuldigung der Verantwortlichen Platzeck und Schönbohm. Kein Aufschrei in den Medien zu solchen Methoden der Einschüchterung. So ist es: Wenn es um die Interessen des BBI, der Parteien und der Landesregierung in Brandenburg geht, ist Schluss mit dem Rechtsstaat und dem Anstand.

Nun stehen sie nackt da, die Bürgermeister und Gemeindevertreter der Schutzgemeinschaft

Es kam wie es kommen musste. In gutem Glauben an die Seriosität ihrer Parteigenossen, der Landesregierungen und von Abgeordneten hat sich die Schutzgemeinschaft so richtig über den Tisch ziehen lassen. In zig Verhandlungsrunden, Vereinbarungen und Verträgen mit Vertretern der Landesregierung und der FBS haben sie alles gegeben was man geben konnte, um die Infrastruktur für den BBI zu sichern. Dabei haben sie naiv geglaubt, dass irgendwann auch ihre Forderungen als Interessenausgleich den Segen der Profiteure erhielten. Stattdessen wurden sie auf die politische Nudel geschoben. Nun stehen sie nackt vor ihren Bürgern, wie der Bürgermeister von Blankenfelde/Mahlow, Ortwin Baier bekennt: „Uns...verbindet alle die Erfahrung, dass wir mit unserer Betroffenheit in Potsdam nicht wahrgenommen werden“ (MAZ vom 03.07.08).

Sie haben sich auf ein Spiel eingelassen, das sie verlieren mussten. Sie haben ihre Zustimmung zu allem was dem Flughafen diene, nicht an Zustimmungen zu Gunsten der Betroffenen gebunden. Diesen schweren Verhandlungsfehler hat der BVBB nie verstanden. Nun steht die Glaubwürdigkeit der Bürgermeister und Gemeindevertreter aller Parteien vor dem endgültigen AUS. Noch nicht einmal für ein Linsengericht haben sie die Interessen der Betroffenen und die ihnen bekannten Forderungen des BVBB, den sie bewusst bei ihren Verhandlungen ausgeklammert haben, geopfert. Da stellt sich darum die Frage: Warum gehen Parteiinteressen, die BB-Interessen sind, vor Bürgerinteressen? Haben die Parteisoldaten noch immer nicht erkannt, dass sie im Topf völlig unglaublich Parteien geschmort werden?

Unbelehrbare Parteien zerstören die Glaubwürdigkeit in Demokratie und Marktwirtschaft

Zur Vertuschung eigener Schuld und Unfähigkeit suchen die Parteien an allen Ecken nach Feinden der Demokratie. Ihr Lieblingspopanz sind die Rechten. Da wird so getan und fleißig gekämpft, als würden politisch Verrückte der Rechtsradikalenszene eine wirkliche Gefahr für unseren Staat und seine demokratische Ordnung sein. Offensichtlich halten die Parteien den Kampf gegen Rechts deshalb für wichtig, weil sie befürchten, dass 90% und mehr der Bürger von Verrückten gegen die Demokratie in Stellung gebracht werden könnten. Allerdings ist richtig, dass 70% der Bürger ihr Vertrauen zu den Parteien (SPD, CDU, Linke; FDP und Grüne) verloren haben. Unter 50% glauben nur noch an die soziale Marktwirtschaft und zu knapp über 50% an den demokratischen Rechtsstaat. Die Wahlbeteiligungen gehen auf Rekordtief, die größte Wählergruppe sind die Nichtwähler. Dieser unglaubliche Niedergang der Überzeugung von der Lösungskompetenz unseres demokratischen Systems und seiner Wirtschaftsordnung ist kein Erfolg von Feinden der Demokratie im rechtsradikalen Sumpf. Dies ist ein Ergebnis einer Partei- und Regierungspolitik, die sich den Staat zur Beute und die Bürger zum Stimmvieh gemacht hat. Jeder Bürger macht mit seinen Anliegen seine Erfahrung. Wir, die Betroffenen von geplanter Fluglärmfolter, der Zerstörung unsere Gesundheit, unseres Eigentums und der Lebensqualität im Besonderen. Darum müssen Alternativen her. Bürger für Bürger und gegen die Versagerparteien, ist die einzige und richtige Antwort.

Bürger für Bürger in Blankenfelde/Mahlow tritt zur Kommunalwahl die Bürgerinitiative „Wählergruppe Mitglieder und Sympathisanten des BVBB (WG BVBB) an

Zur Kommunalwahl in Brandenburg, am 28. September 2008, gibt es für die Bürger in der 25.000 Einwohner-Gemeinde Blankenfelde-Mahlow eine Wahlalternative jenseits der Versagerparteien. Mitglieder des BVBB und Bürger, die mit den Zielen des BVBB einverstanden sind, haben sich entschlossen, als Parteiunabhängige Wählergemeinschaft für neue Mehrheitsverhältnisse jenseits von Parteienfilz und Parteienklüngel in der Gemeindevertretung zu sorgen. Sie wollen als Alternative antreten und dem Wähler die Chance bieten, für diese Alternative zur Wahl zu gehen. Sie wollen Schluss machen mit der Wählertäuschung, mit Wählerfrust und einer Kommunalpolitik, die Parteiinteressen über Bürgerinteressen stellt. Sie wollen kämpfen für eine Kommunalpolitik, die Schluss macht mit allen Zugeständnissen für die Interessen des BBI.

Härtester Widerstand, so im Wahlprogramm (<http://bvbb-wg-blankenfelde-mahlow.jimdo.com/index.php>) gegen alle Versuche, Kinder in den Einrichtungen und betroffene Bürger mit Lärmschutzfenstern abzuspäßen, lächerliche Entschädigungen für die Wertverluste der Häuser und Grundstücke zu zahlen, sondern für eine Kommunalpolitik einzutreten, die vom Bürger mitbestimmt wird.

Verlogener Umweltschutz

Die Politiker, Parteien und Regierungen aller Ebenen werden nicht müde, entwickeln alle Phantasie, um Umwelt und Klima zu retten. Die Bürger sollen mit Milliarden ihre Häuser isolieren, sich neue Heizungsanlagen anschaffen, Wärmepumpen installieren und sich Sonnenkollektoren aufs Dach setzen. Dazu den Benzinverbrauch drosseln und in Kneipen nicht mehr rauchen, um die Luft sauber zu machen, im Winter weniger heizen, die Glühbirnen austauschen. Also, die Schuldigen und Zahler sind die kleinen Leute, die verantwortlich zur Erreichung von Umweltzielen gemacht werden. Darum höhere Preise bei Strom, Heizkosten und Benzin, die bei niedrigerem Verbrauch jedoch nicht fallen.

Wie sieht die Wahrheit aus? Zunächst verdienen an der Preisschraube die Öl- und Gasförderer, die in autokratisch regierten Staaten der Welt zeigen, wer die Macht hat. Dann kassieren die Öl- und Gasmultis, die Kraftwerksbauer und die Fluggesellschaften, die keine Steuern für ihren Treibstoff Kerosin zahlen müssen. Den größten Reibach machen die Finanzminister. Sie kassieren bis zu über 70% Steuern vom Endpreis der steigenden Energiekosten. Gleichzeitig subventionieren sie durch raffinierte Systeme die Öl- und Gasmultis, die Kohleförderer und die Hersteller und Erzeuger von Anlagen und Strom aus sogenannten alternativen Energien. Geschont werden die Automobilkonzerne, die die dicksten Autos produzieren. Der Gipfel: Sie genehmigen und fördern Kohlekraftwerke, die die größten Dreckschleudern sind. Die deutschen Kraftwerksbauer dienen sich weltweit für den Bau neuer Dreckschleudern an. Selbst die Ölförderländer sollen

mit einer unglaublichen Anzahl von Kohlekraftwerken beglückt werden. Sie haben erkannt, dass sich Umweltverschmutzung durch Kohlekraftwerke lohnt. Schließlich ist Kohle so billig, dass man sein Öl sparen kann, um es für 150 USD, sicher bald für 200 USD je Barrel an uns verkaufen zu können.

Wissen Sie, dass Brandenburg mit Braunkohlekraftwerken der größte Umweltverschmutzer in Deutschland ist? Gemeinsam mit Berlin fördert das Land Brandenburg alles, was Luftverschmutzung durch Flugverkehr bedeutet. Dabei verschweigen sie tunlichst, dass jedes startende Flugzeug soviel Abgase ausstößt, wie 7000 startende Autos.

Diese Fakten bestimmen die von Politikern erzeugte Umweltschutzeuphorie und lassen den Kundigen über die verlogene Umweltpolitik verzweifeln. [In dieser Gemengelage ist es dann schon fast ein Witz, auch noch gegen die billige Kernenergie anzurennen. Aber: Strom aus Kernenergie können wir genug bekommen. Unsere Nachbarn betreiben ihre Kernkraftwerke munter weiter und bauen neue dazu.]

Die Umweltschutzpolitik ist chaotisch, unglaubwürdig und vor dem Hintergrund der weltweit wahren Schuldigen verlogen.

Das Letzte

Gemeindevertretung Blankenfelde-Mahlow beschließt die Einweisung von Kindern in Akustikkäfige

Hastig und noch rechtzeitig vor den Kommunalwahlen im September 2008 musste eine Entscheidung her, die von der Furcht vor Ohrfeigen der Wähler und vor Postenverlust getragen war.

Als erste Gemeindevertretung der vom Fluglärmterror BBI am stärksten Betroffenen Gemeinden, fasste die Gemeindevertretung Blankenfelde-Mahlow am 10.07.2008 mit dem „Grundsatzbeschluss 58/2008 zum Umgang mit den sensiblen Einrichtungen“, entgegen allen Umsiedlungsforderungen und rechten, eine Käfighaltung von Kindern einführen zu wollen. In alle Schulen (7) mit 2.426 Kindern und KITAS (12) mit 1.541 Kindern will man Schallschutzfenster und Ventilatorenbelüftung bis 2011 einbauen zu lassen, statt diese Einrichtungen umzusiedeln. Betroffen werden insgesamt 4.000 Kinder sein, von denen nach Aussagen des medizinischen Gutachters der Landesregierung, Prof. Jansen, 15% oder 600 Kinder einer jeden Generation fluglärmkrank werden. Den Eltern der Kinder wird nun von einer glorreichen Tat berichtet, die jedoch an der Tatsache der möglichen Erkrankung nichts ändert. Kinder werden auch mit Schallschutzfenstern krank. Den Bürgern soll was vorgemacht werden: Schallschutzfenster als Täuschungsmanöver!

Platzeck und die FBS können nun Sektkorken knallen lassen. Sie haben sich mit der Verweigerung eines wirklichen Schutzes, dem Neubau von Schulen und KITAS in Gemeinderegionen, die vom Fluglärm nicht betroffen sind, durchgesetzt. Das war ihr angekündigtes Ziel!

Wissend um die Nutzlosigkeit solchen Schallschutzes soll nun den Eltern und Kindern vorgegaukelt werden, dass diese Maßnahme etwas mit Gesundheitsschutz zu tun hat und pädagogische Unterweisung und Lernfähigkeit der Kinder sicherstellt. Dies ist in Wahrheit eine Maßnahme, die den Lärm fernhalten soll, dafür aber den ventilatorbelüfteten Mief als Alternative anbietet, denn Abluft ist nicht geplant. Wenn sich die Schüler dann vom Mief erholen sollen, Pause, Sport oder Unterrichtung im Freien haben, dann bekommen sie alle 2 Minuten einen Lärmpegel aufgezwungen, der mit zwischen 65 bis 75 dBA alle heutigen Vorstellungen von Fluglärm Lügen strafen wird.

Alle wissenschaftlichen Erkenntnisse und Erfahrungen aus anderen Fluglärmzonen beweisen, dass Kinder in größter Zahl fluglärmkrank werden und massiv in ihrer Lernfähigkeit beeinträchtigt sind. Für den Fluglärmbereich des BBI hat der Gutachter der Landesregierung vor dem Bundesverwaltungsgericht im März 2006 verharmlosend die Fluglärmkrankungen der Kinder mit 15% einer jeden Generation angegeben.

Die Gemeindevertreter wissen durch eigene Gutachter, dass Kinder und Erwachsene durch Fluglärm vorsätzlich krank gemacht werden. Dies hat sie aber nicht gestört. Sie haben ohne wirksame Gegenwehr die Befehle erfüllt, die ihre Parteiführungen ausgegeben haben. Sie wollten nicht für die Gesundheit der Kinder, sondern für die menschenfeindliche Flughafenpolitik ihrer Führung kämpfen.

Den Befürwortern der Käfighaltung schreiben wir ins Stammbuch: Kein Gefangener in deutschen Gefängnissen dürfte unter Bedingungen geschlossener Fenster, künstlicher Ventilatorenbelüftung oder absichtlicher Beschallung im Zweiminutentakt eingesperrt werden. Die UNO-Antifolterrechtskonvention verbietet die Anwendung der von ihr so bezeichneten „Weißen Folter“.

Warnung

Wir müssen die Leser der MAZ-Zossen dringend vor Berichten der Redakteurin des Blattes Elke Höhne warnen. Wiederholt haben wir darauf aufmerksam gemacht, dass diese sich so nennende Journalistin nicht ihrer Verpflichtung zu objektiver und wahrer Berichterstattung nachkommt. Gipfel ihrer Pro-Baier und SPD-Kampagne ist ihr Kommentar „Komisch“ (12. Juli 2008) und ihr Bericht von der Sitzung der Gemeindevertretung vom 10. Juli 2008, in der es um den Beschluss zur Käfighaltung der Kinder geht. Im Stile einer Lautsprecherin bzw. eines Bauchredners von Baier und der Parteienmehrheit in der Gemeindevertretung feiert sie diese Entscheidung der Gemeindevertreter als Wohltat für die Kinder und als verantwortungsvoll. Die kritischen, sachlich vorgetragenen Stimmen durch Vertreter des BVBB und das Angebot des BVBB an die Gemeindevertretung, die Beschlussvorlage zurückzustellen und ihr Ziel mit Experten und Vertretern des BVBB zu diskutieren, fand natürlich keine Erwähnung. Eine Pressemeldung der BVBB-Ortsgruppe mit richtigem, weil wahren Inhalt wurde einfach unterschlagen. Dafür stellt Frau Höhne aber eine angebliche BVBB-Position in ihrem Kommentar dar, die an Verleumdung grenzt.

**SO MIT UNS
NICHT**

Wir haben da mal Fragen an Frau Höhne: Wer führt Ihnen die Feder? Lässt Pro ARKADES aus Zossen grüßen? Wollen Sie Ihre auch schon vor 1989 geübte politische Einstellung abreagieren? Warum sind Sie nicht in Blankenfelde wohnen geblieben und stattdessen vor dem Fluglärm nach Rangsdorf in ein neues Heim geflüchtet? Wie kommen Sie dazu, zu behaupten, dass der Widerstand gegen den BBI und das Versagen der Gemeindepolitik von Bürgern angeführt wird, die nach 1996 nach Blankenfelde gezogen sind und was hätten Sie dagegen, wenn es wirklich so wäre? Sind die Leser Ihres Blattes alle eigennützige Esel, weil sie den BBI als Bedrohung für die Gesundheit der Kinder und ihrer eigenen sehen, weil sie den Wertverlust ihres Häuschens und den Verlust ihrer Lebensqualität betrachten?

Wie kommen Sie, vor dem Hintergrund der Ihnen bekannten Positionen des BVBB dazu, dem BVBB destruktive Positionen zu unterstellen? Können Sie eine Forderung des BVBB benennen, die nicht schon an anderen Flughafenstandorten umgesetzt ist?

Können Sie einen Nachweis dafür erbringen, dass der BVBB sich mit seinen Analysen und Forderungen in 10 Jahren auch nur einmal geirrt hat? Wollen Sie bestreiten, dass die Parteien, die Landesregierung, alles getan haben, um den BVBB zu spalten, ihn von jedem Dialogprozess auszuschließen? Wollen Sie eine Waffengleichheit von Bürgern gegenüber Politik, Behörden und Parteien in Frage stellen? Nehmen wir richtig an, dass für Sie journalistische Grundsätze, die die freie Presse und eine Verantwortung vor dem Leser begründen, nicht gelten? Mit wem sprechen Sie eigentlich, bevor Sie im Sinne von Recherche Ihre Ergüsse über den BVBB über Ihre Leser gießen?

Wir sagen Ihnen, Frau Höhne: Diese Fragen wollen und können Sie nicht beantworten - und wir können und wollen nicht mehr von Ihrem Hofberichterstattungsjournalismus verhöhnt werden.

Beitrittserklärung

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt in den BVBB und erkenne die Satzung des Vereins an.

Name _____ Vorname _____

Straße _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geb.-Datum _____ Beruf _____

Tel. privat _____ Tel. dienstlich _____

Fax privat _____ Fax dienstlich _____

Ort / Datum _____ Unterschrift _____

Zusätzliche Unterschrift des gesetzlichen Vertreters bei Minderjährigen

Beitrag

Der Monatsbeitrag ist in Abhängigkeit der Einkommensverhältnisse gestaffelt.
Bitte kreuzen Sie entsprechend der Höhe Ihres monatlichen Einkommens Ihren gewählten Beitragstarif an.

T 1	BASISTARIF	Mitglieder mit monatlichem Netto-Einkommen über 1.000,00 €	3,00 €	<input type="checkbox"/>
T 2	ERM. TARIF	Mitglieder mit monatlichem Netto-Einkommen unter 1.000,00 €	1,50 €	<input type="checkbox"/>
T 3	FREITARIF	Mitglieder ohne Einkommen	0,00 €	<input type="checkbox"/>

Nach Erhalt der Aufnahmebestätigung bitten wir Sie unter Angabe des Namens und der Mitgliedsnummer um Überweisung des Betrages möglichst als Jahres- oder Halbjahresbeitrag auf das

Spenden- u. Beitragskonto des BVBB: Volksbank Berlin · BLZ: 100 900 00 · Konto-Nr.: 7188733004

**Wir kämpfen weiter! Helfen Sie uns, weil Ihnen geholfen wird!
Spenden Sie und werden Sie Mitglied des BVBB!**

**SO MIT UNS
NICHT**